

Forderungskatalog

Folgende Forderungen stellt der „Wolfsgipfel“ am 24. Juni 2022 als Versammlung mittelbar und unmittelbar Betroffener der Wolfssituation aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz an die Politik:

- 1. Die Wolfssituation und die damit zusammenhängenden Sorgen der Landbevölkerung und insbesondere der Weidetierhalter in Rheinland-Pfalz müssen ernst genommen und bei den politischen Entscheidungen zum Wolf stärker berücksichtigt werden.**
- 2. Der „günstige Erhaltungszustand“ für den Wolf muss definiert werden.**
- 3. Das derzeitige Wolfsmanagement muss umgestaltet und darauf ausgerichtet werden, den Wolfsbestand aktiv und unter Berücksichtigung dessen dynamischer Entwicklung zu managen – unter der Prämisse, Schaden von Mensch und Tier abzuwenden. Die Größe der Präventionsgebiete muss überprüft und gegebenenfalls weitere Regionen aufgenommen werden.**
- 4. Die Strategie des flächendeckenden Zaunbaus muss unter Berücksichtigung der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Umsetzbarkeit und des dabei erfolgenden Eingriffs in die Natur und den Lebensraum vieler Wildtiere überdacht werden.**
- 5. Präventionsmaßnahmen wie der Weidezaunbau und der Anspruch auf Schadensersatz bei Wolfsrissen müssen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.**
- 6. Das Haftungsrisiko der Tierhalter, deren Herde durch Wölfe in Panik gerät und beispielsweise aus der Umzäunung ausbricht, sich dabei verletzt oder gar Schäden bei Dritten verursacht, muss vom Land übernommen werden, auch wenn ein gesicherter Wolfsnachweis nicht vorliegt.**
- 7. Der Biotopschutz durch Beweidung muss auch auf schwer zugänglichen und nicht einzäunbaren Flächen weiterhin möglich sein. Dafür müssen entsprechende wolfsfreie Zonen ausgewiesen werden.**